

Am 24.10. traten etwa 20 Flüchtlinge am Brandenburger Tor in Berlin in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie fordern nichts anderes als Freiheit und die Gewährung von Menschenrechten. Sie werden ständig von Abschiebung bedroht, sie haben keine Reisefreiheit und müssen sich in Sammellagern aufhalten.

Seit fünf Tagen harren sie nun schon auf dem Pariser Platz aus. Die Polizei hat ihnen ihr Zelt abgenommen und jede Decke, jeden Schlafsack, jede Isomatte, selbst Rettungsdecken zum Schutz vorm Auskühlen. Dies alles wäre nicht vom Versammlungsrecht geschützt, lautet die vorgeschobene Argumentation. Dabei ist mehr als offensichtlich, dass es darum geht, den Widerstand der Hungerstreikenden zu brechen, sie zu schwächen, damit sie ihren Kampf aufgeben. Die Politik und ihre ausführenden Kräfte riskieren die Gesundheit und das Leben der Flüchtlinge.

Hinzu kommen immer neue und weitere Schikanen. Einmal heißt es, dass nichts auf dem Boden liegen darf, dann wiederum sollen die Menschen sich nicht setzen dürfen. Wenn so etwas in China stattfindet nennt man das Stehfolter. Hier nennt man das die „Einhaltung von Auflagen“.

Gestern noch, anlässlich der 775-Jahr-Feier, sagte der regierende Bürgermeister Wowereit, dass Berlin eine weltoffene Stadt sei. Gleichzeitig wird die Würde des Menschen vor dem Brandenburger Tor mit Füßen getreten.

Im März startete die selbst organisierte Flüchtlingsbewegung mit einem Protestcamp in Würzburg. Bald schon entstanden weitere Orte, an denen geflüchtete Menschen gegen schlechte Unterbringungsbedingungen, lange Wartezeiten in dem Bearbeitungsprozess ihres Asylantrags und diskriminierende Gesetze, die jegliches selbstbestimmtes Leben der Asylsuchenden unmöglich machen protestierten.

Im Sommer gab es ein Protestcamp auch in Düsseldorf. Wir erinnern daran, dass auch hier seitens der Polizei versucht wurde, den protestierenden Menschen das wahrnehmen ihres Grundrechts auf Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit schwer zu machen. Erst durch Klage vor dem OVG Münster konnten die Menschen ihre Rechte verwirklichen.

Flüchtlinge aus ganz Deutschland brachen im September nach Berlin, wo sie auf nun auf dem Oranienplatz und seit kurzem vor dem Brandenburger Tor in Berlin protestieren. Am 20. Oktober haben sich auch geflüchtete Menschen aus Frankfurt mit einem Camp dem Protest angeschlossen. Sowohl in Berlin wie auch in Frankfurt sehen sich die protestierenden Flüchtlinge erheblichen Repressalien durch die Behörden und Polizei ausgesetzt.

Wir erklären uns mit den protestierenden Menschen in Berlin und Frankfurt solidarisch. Wir verurteilen die unmenschlichen Repressionen durch die Polizei auf schärfste. Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, dafür zu sorgen, dass die Menschenwürde gewahrt bleibt und die menschenrechtswidrigen Auflagen zurückgezogen werden.

Gleichzeitig unterstützen wir ausdrücklich die Forderungen der Flüchtlinge. Die Asylgesetzgebung in Deutschland ist inhuman und repressiv.

Menschen, die schon Jahre und Jahrzehnte hier leben oder sogar hier geboren sind, werden in Nacht- und-Nebel-Aktionen von der Polizei abgeholt und mit Sammelabschiebungen deportiert. Obwohl das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen Serbien ausdrücklich als nicht sicheres Drittland bezeichnet werden Roma dahin abgeschoben, wo sie diskriminiert und unterdrückt werden. Wegen der zunehmend antiziganistischen Stimmung fliehen Roma aus Serbien und ganz Südosteuropa zu uns. Als Antwort will Bundesinnenminister Friedrich Flüchtlingen aus Serbien das Geld kürzen und die Einreise erschweren, indem eine Visumpflicht eingeführt wird.

Am 13. November wird die nächste Sammelabschiebung ab dem Flughafen Düsseldorf stattfinden.

Wir fordern: Schluss mit den Abschiebungen ins Elend. Schluss mit Einschränkung der Menschenrechte durch das Asylbewerberleistungsgesetz. Schluss mit Residenzpflicht und Lagerzwang. Für Freiheit und für Menschenrechte.